



Für eine Alternative im Vest

0. Vorwort

Seit 2013 finden sich Menschen aus allen Teilen unserer Heimat in der Alternative für Deutschland zusammen, um der ausufernden Politik der Rechtsbrüche, der Beschädigung des Rechtsstaats und dem zunehmenden politischen Handeln wider der wirtschaftlichen Vernunft eine genauso freiheitlich-konservative wie heimatverbundene und soziale Alternative entgegen zu setzen.

Wir treten ein für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus, soziale Marktwirtschaft und Subsidiarität sowie für die Förderung von Familien und die gelebte Tradition einer deutschen Leitkultur.

Unsere Bürger – wir alle – haben ein Recht auf mehr als das, was uns die politische Kaste der Altparteien gerne als „alternativlos“ vorzugaukeln versucht.

Die Erfolgsgeschichte der Alternative für Deutschland ist beispiellos in der deutschen Parteiengeschichte. In weniger als sieben Jahren in sämtliche Landesparlamente einzuziehen, darüber hinaus in den Bundestag sowie in das EU-Parlament, von vielen Kommunalparlamenten ganz zu schweigen, zeigt, wie verwurzelt unsere junge Partei mittlerweile in der Bevölkerung ist, wie sehr wir von Millionen von Menschen als politische Repräsentanz ihrer Interessen nicht mehr wegzudenken sind.

Die sich hieraus ergebende Aufgabe erfüllt uns mit großen Respekt, Dankbarkeit und Motivation. Keine noch so niederträchtigen politisch-medialen Diffamierungen seitens der Altparteien kann uns das nehmen, was die Mitglieder der Alternative für Deutschland antreibt: Die Gewissheit, das Richtige zu tun!

Auch wenn vor Ort die Landes- und Bundespolitik für viele Probleme hauptverantwortlich ist, verfügen dennoch auch die Kommunen über beachtliche Gestaltungsmöglichkeiten für das alltägliche Zusammenleben der Bürger. Sie haben eine starke Stimme gegenüber der Landes- und Bundespolitik. Ihre Vertreter müssen sich demzufolge auch im Sinne einer gelebten Subsidiarität als Wahrer der Bürgerinteressen vor Ort verstehen und nicht lediglich als Sprachrohre für das, was seitens der Bundes- und Landespolitik vorgegeben wird.

Im Kreis Recklinghausen treten wir zum ersten Mal bei einer Kommunalwahl an und dies sowohl auf Kreisebene als auch in vielen Städten. Wir werden frischen Wind in die Räte bringen und sie bunter gestalten. Unser Blau wird sichtbar sein!

Die folgenden inhaltlichen Leitlinien bilden den Rahmen für die Kommunalpolitik der einzelnen Stadtverbände unserer Alternative für Deutschland im vestischen Kreis.

1. Bürgerentscheide

Mitbestimmung muss auf möglichst vielfältige Art und Weise erfolgen und darf sich nicht darin erschöpfen, bei Wahlen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ein Kreuzchen zu machen.

Als Alternative für Deutschland befürworten wir die verstärkte Einführung von Volksentscheiden, insbesondere auch in Kommunen. Die Bürger im Vest müssen besser in die Entscheidungsfindung der Stadträte und des Kreistags sowie deren Ausschüsse einbezogen werden und Einfluss auf die sie betreffenden Entscheidungen der Kommunalparlamente nehmen können.

Gerade in Bürgerentscheiden sehen wir eine notwendige Kontrollinstanz der Bürger gegenüber ihren gewählten Vertretern.

2. Bürgernahes Handeln in Rat und Verwaltung

Für den Bürger da zu sein und alles zu tun, um in seinem Sinne für jeden nachvollziehbar zu entscheiden, sollte die vornehmste Aufgabe kommunalen Handelns darstellen!

Es muss somit gewährleistet sein, dass die Arbeit in den Stadträten sowie im Kreistag von größtmöglicher Transparenz geprägt ist.

Hierzu gehört unbedingt auch, dass Stadtrats- und Kreistagssitzungen zeitgleich im Internet zu verfolgen sein müssen sowie nachfolgend dort abgerufen werden können.

Durch einen auf diese Weise erleichterten Zugang, kann das Interesse und das Vertrauen der Bürger in das Handeln der kommunalen Entscheidungsträger *im ausschließlichen Sinne der Bürger* nachhaltig gefördert werden.

Wir sind der Überzeugung, dass transparente Entscheidungsprozesse einen wichtigen Gradmesser für die Authentizität und Ehrlichkeit von politischem Handeln auch im kommunalen Raum darstellen.

Jedes Kommunalparlament verfügt über internetbasierte sogenannte Ratsinformationssysteme. Diese sind jedoch in der Regel derartig komplex strukturiert, dass eine Orientierung für den interessierten Bürger nur schwer möglich ist. Daher treten wir für eine Vereinfachung der Ratsinformationssysteme dahingehend ein, dass die anstehenden Entscheidungen jeweils stichwortartig und gut erkennbar auf der Eingangsseite benannt werden.

Des Weiteren fordern wir, dass Themen, die zur Beratung und ggf. zur Entscheidung anstehen, inhaltlich klar und verständlich benannt werden und nicht hinter einem für den Bürger unverständlichen Bürokratiekauerwelsch versteckt werden.

Die kommunale Verwaltung soll sich als bürgernaher Dienstleister verstehen. Schneller und kompetenter Service müssen oberste Priorität besitzen. Als Alternative für Deutschland im Kreis Recklinghausen setzen wir uns daher dafür ein, dass sich die personelle Ausstattung von Bürgerbüros bzw. Bürger-Servicestellen strikt an der

Nachfrage der Bürger orientiert und Öffnungszeiten im Bedarfsfall verlängert werden.

Auch im Bereich der finanziellen Entlastung seiner Bürger haben sich Stadträte und Kreistag stets ihrer Rolle als Dienstleister bewusst zu sein. Nicht nur beim Grundsteuerhebesatz zeigt sich in vielen Städten der Versuch, Finanzmittel im Wege einer immer fester angezogenen Gebühren- und Abgabenschraube zu generieren. Wir plädieren nachdrücklich für die Senkung der Hebesätze auf ein bürgerfreundliches Niveau.

3. Familienpolitik

Politik für Familien muss in den Fokus kommunalpolitischen Handelns gerückt werden.

Als Alternative für Deutschland setzen wir uns dafür ein, dass in den Kommunen Familienausschüsse gebildet werden. Häufig werden familienpolitische Themen nicht zentral behandelt, sondern sind in verschiedene Zuständigkeiten (Sozial-, Jugend-, Wohnungs-, Bau-, Kulturamt) aufgeteilt und werden letztlich von deren ureigenen Interessen überlagert.

Als Familienpartei fordern wir die komplette Abschaffung von Kita –Gebühren, um die Eltern finanziell zu entlasten. Hierzu bedarf es einer Erhöhung der Landeszuschüsse und es obliegt den an den Interessen ihrer Bürger orientierten Kommunen, ihren Einfluss verstärkt geltend zu machen.

Für Eltern, die ihre Kinder maßgeblich selbst betreuen möchten und können, müssen Kitaplätze mit geringen Betreuungszeiten von 15-20 Wochenstunden sowie auch Halbtagschulen und offene Ganztagschulen angeboten werden. Eine von der Kommune oder dem Träger auferlegte Verpflichtung, Kinder nicht vor bestimmten Uhrzeiten aus einer Betreuungseinrichtung abholen zu können, lehnen wir ab. Moderne Arbeitszeitmodelle erfordern ebenfalls zunehmend flexible Abholzeiten.

Des Weiteren setzen wir uns für die Gleichwertigkeit von häuslicher Betreuung und Betreuung in einer staatlichen bzw. kirchlichen Einrichtung ein. Dies gilt insbesondere für Kinder im Alter bis zu drei Jahren.

Kinder sollen in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport besonders gefördert werden, um ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Miteinander zu sichern. Familien stehen hierbei oft vor großen logistischen und finanziellen Problemen. Wir fordern daher, Kinder von den Fahrtkosten im öffentlichen Nahverkehr grundsätzlich freizustellen.

4. Zuwanderung, Asyl und Integration

Das Asylgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen erhalten. Diese Regelung sollte auch bei der Unterbringung in den Kommunen angewandt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass von der Zahlung hoher Geldleistungen Fehlanreize zur missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts ausgehen.

Die medizinische Versorgung von Asylbewerbern hat grundsätzlich auf Basis des Behandlungs-Bewilligungsverfahrens zu geschehen. Gesundheitskarten belasten Verwaltungen unnötig und erhöhen die Kosten der medizinischen Versorgung von Asylbewerbern. Im Ergebnis muss eine weitere Belastung der Steuerzahler verhindert werden.

Ausreisepflichtige Asylbewerber müssen ausreisen oder konsequent abgeschoben werden. Wir lehnen eine Einwanderung durch die Hintertür der Duldung ebenso ab wie die nachträgliche Legalisierung von illegaler Einreise. Gleiches gilt für eine missbräuchliche Kettenduldung, an deren Ende eine Aufenthaltserlaubnis steht. Das Aufenthaltsgesetz muss konsequent angewendet werden. Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen zurückgeführt werden.

Hierbei stehen die Kommunen auch vor der Aufgabe, alles in Ihrer Macht stehende zu tun, um gegenüber der Landes- und ggf. der Bundesebene immer wieder die Interessen der eigenen Bürger in Erinnerung zu rufen.

Auf kommunaler Ebenen lehnen wir daher besonders auch die kommunale Duldung ab, da die gesamten Kosten einer solchen Duldung ausschließlich durch die dulden- de Kommune zu tragen sind.

5. Kommunale Infrastruktur und Lebensumfeld

Straßenausbaubeiträge gehören landesweit abgeschafft. Bis dahin müssen die Kommunen alles dafür tun, ihren jeweiligen Anteil nicht auf die Bürger abzuwälzen. Betroffen ist schließlich jeder, ob als Eigentümer auf direktem Wege oder als Mieter über den indirekten Einfluss auf die Miete. Die Beiträge sind in jedem Fall sozial ungerecht, da bei der Erhebung weder Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit noch auf die Ausgestaltungswünsche der betroffenen Bürger genommen wird.

Um auch junge Menschen bzw. junge Familien verstärkt zu erreichen und das Lebensumfeld attraktiv zu gestalten, muss der Kreis bzw. die Stadt für bezahlbaren Wohnraum sorgen. Warmmieten von 30% und mehr des zu Verfügung stehenden Nettoeinkommens sind nicht akzeptabel. Die Alternative für Deutschland im Kreis Recklinghausen unterstützt daher den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und bevorzugt hierbei die Förderung von Genossenschaften.

Zudem befürworten wir den Ausbau des Freizeit-und Kulturangebots sowie eine Verbesserung des Ausbildungsangebots. Angesichts in Teilen dahinvegetierender Innenstädte muss der Einzelhandel vor Ort attraktiver gestaltet werden. Hierzu gehören u.a. auch die Bereitstellung kostenlosen Parkraums sowie die Verbesserung im Bereich der Verzahnung von ÖPNV und Radverkehr. Wir setzen uns ein für den Bau von gesicherten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an zentralen Haltestellen und Bahnhöfen z. B. Boxen oder eingezäunte Bereiche mit Zugangscode, sowie den Ausbau und die Instandhaltung des Fahrradwegenetzes. Hierzu gehört auch der Bau von Radschnellwegen.

Pläne zur übereilten Anschaffung von teuren Elektrobussen im ÖPNV werden mit uns allerdings nicht zu machen sein, da diese weder zuverlässig einsetzbar noch in

irgendeiner Form wettbewerbsfähig sind.

6. Schule und Bildung

Unsere Städte im Kreis stehen vor der Herausforderung, die Digitalisierung flächendeckend und für alle Schulformen gleichermaßen voranzutreiben. Hier kommt den i.d.R. öffentlichen Trägern eine wichtige Rolle zu. Sie müssen gewährleisten, dass jeder Schule eine Breitband-Internetverbindung zur Verfügung steht, die auch die gleichzeitige Nutzung durch mehrere Lerngruppen zuverlässig ermöglicht.

Beamer und Dokumentenkamera gehören zur Mindestausstattung eines jeden Klassenzimmers. Die Verfügbarkeit eines angemessen ausgestatteten Medienwagens (inkl. Laptop) in unmittelbarer Umgebung des Klassenraums ist zu gewährleisten. Das Lehrpersonal muss bei Wartung und Pflege digitaler Medien durch den Träger unterstützt werden.

Die Beschulung von Asyl-, Flüchtlings- und Zuwandererkindern darf den Regelunterricht an unseren Schulen nicht beeinträchtigen. Unterricht kann nur dann erfolgreich gestaltet werden, wenn die Beherrschung der deutschen Sprache gegeben ist und alle Schüler mit den hier herrschenden sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind. Demzufolge ist es unabdingbar notwendig, ausreichend spezielle Förderklassen für Zuwanderer zu schaffen und eine Integration in Regelklassen nicht überstürzt vorzunehmen.

Offene Ganztagschulen mit guter Ausstattung und qualifiziertem Fachpersonal sehen wir als sinnvolle Ergänzung zu einer familiären Betreuung. Nachmittägliche Betreuung darf allerdings niemals verpflichtend für alle Schüler sein.

7. Wirtschaft

Mittelständische Unternehmen stellen das Herzstück wirtschaftlichen Lebens auch in unserem Kreis dar. Kommunen haben die Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Hierzu gehören neben attraktiven Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen und leistungsfähige Internetzugänge auch in den ländlicheren Bereichen sowie eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung.

Wir sind der Überzeugung, dass das wirtschaftliche Verhalten der Kommunen regelmäßig durch neutrale Instanzen auf den Prüfstand muss. Privatisierungen bzw. Ausgliederungen können dort in Frage kommen, wo sie risikoarm und sinnvoll zu realisieren sind. Das Schaffen von Versorgungsposten für ehemalige (Kommunal-) Politiker muss verhindert werden.

Kommunale Haushalte sind so zu gestalten, dass sie ausgeglichen und nachhaltig sind. Investitionsentscheidungen müssen grundsätzlich im Hinblick auf die Folgekosten für die Bürger getroffen werden. Prestigeprojekte sowie rein ideologie- und zeitgeistgetrieben (Klima-) Projekte lehnen wir ab.

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu beschränken. Risikobehaftete Transaktionen auf dem Finanz-

sektor haben unbedingt zu unterbleiben. Unsere Städte im Kreis sowie der Kreis selber sind Dienstleister für die Bürger und keine Zockerbuden!

8. Soziales und Innere Sicherheit

Für Vieles ist in unseren Kommunen Geld vorhanden, nicht zuletzt auch für die Förderung sinnbefreiter linker Ideologie-Projekte. Die Alternative für Deutschland im Kreis Recklinghausen setzt sich dafür ein, dass die Alten und Schwachen unter uns wieder eine starke Stimme bekommen. Hier müssen Prioritäten neu gesetzt werden!

Steigende Kinder-, Jugend- und Altersarmut stellen auch im Kreis Recklinghausen ein zunehmendes Problem dar. Immer mehr Rentner beziehen Leistungen aus der Grundsicherung. Die über die Jahre stetig angestiegene Zahl der Tafeln legt hierüber ein beredtes und beschämendes Zeugnis ab.

In diesem Zusammenhang fordern wir auch eine deutliche Stärkung des Ehrenamts, sei es im Sport oder in jedweder Form im Rahmen der sozialen Daseinsfürsorge.

Die Kommunen müssen dringend mehr städtische Hilfsangebote bereitstellen. Unbürokratische Hilfsmaßnahmen aus einer Hand sind notwendig. Kinder dürfen nicht ohne ein Frühstück aus dem Haus gehen. Kein Obdachloser sollte auf der Straße übernachten müssen. Im akuten Fall sind seitens der Kommunen im Winter sog. Wärmebusse einzusetzen, um die Not und das Elend obdachloser Bürger zu lindern und im Ernstfall auch Leben zu retten.

Es ist eine beklagenswerte Tatsache, dass sich viele Bürger auch im vestischen Kreis nicht mehr durchgängig sicher fühlen. Seit dem Jahr 2015 ist die Zahl der Gewaltdelikte gestiegen und dadurch sind Angsträume entstanden. Wir fordern, dass das Personal im polizeilichen Streifendienst deutlich aufgestockt wird. Weitere Zusammenlegungen von Polizeidienststellen bzw. Auflösungen darf es nicht geben. Dort, wo dies bereits geschehen ist, müssen diese erneut auf den Prüfstand gestellt werden.

Auch ist der Respekt gegenüber den Beschäftigten bei Ämtern und Behörden, Mitarbeitern der Feuerwehren, der Rettungsdienste sowie vielen anderen Bürgern, die ihren Dienst für die Allgemeinheit verrichten, merklich gesunken. Öffentliche Appelle der Kommunen, die für Respekt und Menschenwürde werben, sind insoweit vollumfänglich zu unterstützen, als dass sie nicht bloß eine kaum verhüllte Propaganda-Aktion gegen unsere Bürgerpartei darstellen. Viel wichtiger ist es allerdings, das Problem ernsthaft anzugehen und neben einer notwendigen Aufklärungsarbeit durch deutliche Bestrafung der Täter ein Zeichen zu setzen.

In diesem Zusammenhang sind auch die zahlreichen Umschlagplätze für Drogen zu sehen, die sich in den letzten Jahren verstärkt entwickelt haben. Dieses Problem muss endlich konzeptionell und präventiv angegangen werden. Neben einer erhöhten polizeilichen Kontrolle und empfindlichen Strafen, müssen auch präventive Konzepte ihren Platz haben, wie etwa dezentral behördlich kontrollierte Konsumräume in enger Zusammenarbeit mit Drogenberatungsstellen und kommunalem Ordnungsdiensten.

9. Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz

Regionale Produkte erfreuen sich bei den Bürgern einer immer größeren Beliebtheit. Kurze Lieferketten tragen zu einem hohen Qualitätsstandard bei und helfen unseren heimischen Produzenten. Diese Entwicklung möchten wir gerne unterstützen durch eine Stärkung der regionalen Vermarktung. Wir wenden uns daher vehement gegen bürokratische Hindernisse für den Betrieb von Hofläden und Wochenmärkten.

In diesem Sinne bekennen wir uns ausdrücklich zum Erhalt kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe.

Als Alternative für Deutschland treten wir auch im Kreis Recklinghausen ein für den Schutz unserer Landschaften und heimischen Tierarten durch die Eindämmung des Flächenverbrauchs aufgrund von Solar- und Windkraft. Gerade durch den Bau von Windkraftträdern werden gewachsene Naturräume zerstört.

Weder Windkraft noch Photovoltaik stellen nach derzeitigem Forschungsstand eine versorgungssichere Form der Energieerzeugung dar. Vielmehr sind sie ursächlich für immer höhere Strompreise und somit für eine weitere finanzielle Belastung der Bürger, insbesondere der Familien. Als Alternative für Deutschland sprechen wir uns somit gegen einen weiteren Zubau von Windkraftanlagen sowie von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften aus.

Unnötige Abgasemissionen aus dem Individualverkehr sind durch umsichtig geplante Kreisverkehre und weniger Ampeln sowie durch optimierte Ampelschaltungen und bedarfsgerechten Straßenausbau zu vermeiden

10. Heimat und Brauchtum

Heimat wirkt im positiven Sinne identitätsstiftend. Brauchtumsveranstaltungen sind Ausdruck einer gelebten Tradition und werden von unserer Partei vollumfänglich unterstützt. Karnevalsumzüge und Schützenfeste beispielsweise stärken den Zusammenhalt in einer Gemeinde und wirken sich somit positiv auf das Zusammenleben der Bürger aus.

Wir wenden uns gegen jedwede Aufweichung bzw. fragwürdige „Modernisierung“ von Veranstaltungen des traditionellen Brauchtums. Sankt Martinsfeste dürfen nicht in beliebige Sonne-Mond-und-Sterne-Feste umgewandelt werden.

Leider wird es den Ausrichtern auch traditioneller Feste seitens der Kommunen immer schwerer gemacht, den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu genügen, da sie diese häufig genug in Eigeninitiative zu erbringen haben.

Sicherheitsmaßnahmen sind öffentliche Aufgaben und müssen zwingend von den zuständigen Behörden zur Gänze erbracht werden.

Impressum:

V.i.S.d.P:

Lutz Wagner (Sprecher Kreisverband Recklinghausen der Alternative für Deutschland)

Postfach 1106, 45669 Herten

kontakt@afd-kreis-recklinghausen.de